

Grußwort von Romani Rose

Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Deportation der Münchener Sinti und Roma

13. März 2018, 19.00 Uhr im Rathaus in München

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Strobl,
Sehr geehrter Herr Andrä,
Sehr geehrter Herr Peter Höllenreiner
Sehr geehrter Herr Hermann Hölleneiner,
Sehr geehrter Herr Schneeberger, lieber Erich,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst danke ich der Landeshauptstadt München und hier Frau Bürgermeisterin Strobl für die Einladung, anlässlich der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Deportation der Münchener Sinti und Roma ein Grußwort zu sprechen.

Bayern und seine Landeshauptstadt München sind mit der Geschichte unserer Minderheit eng verbunden. Bayern ist für die hier lebenden bayerischen Sinti und Roma seit jeher Heimat. Sie sind seit Generationen in diesem Land verwurzelt.

Historische Familienfotos, auf denen Angehörige unserer Minderheit in traditioneller bayerischer Tracht oder als teils hochdekorierte Angehörige bayerischer Regimenter zu sehen sind, legen von dieser engen Verbundenheit Zeugnis ab.

Es sind zugleich letzte Spuren von bürgerlicher Normalität und familiärer Geborgenheit, die auf Grund einer 600-jährigen Geschichte gewachsen ist und die im NS-Staat auf furchtbare Weise zerstört wurde.

Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit auf der Grundlage einer menschenverachtenden Rassenideologie kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren worden waren. Bereits im

Dezember 1938 forderte Himmler in einem Erlass die (Zitat) „endgültige Lösung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus“.

Vor genau 75 Jahren, am 8. März 1943, wurden die Häuser der Münchener Sinti in aller Frühe umstellt und Erwachsene ebenso wie Kinder in das Polizeipräsidium in der Ettstraße gebracht.

Unter ihnen befanden sich allein 30 Mitglieder der Münchener Sinti-Familie Höllenreiner.

Hermann und Peter Höllenreiner, die beide an diesem Tag mit Ihren Familien nach Auschwitz verschleppt wurden und zu den wenigen Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager gehören, sind heute hier unter uns.

Angehörige vieler bayerischer Sinti-Familien hatten bereits im Kaiserreich und während des Ersten Weltkriegs als Soldaten für Deutschland ihr Leben eingesetzt und dafür hohe Auszeichnungen erhalten. Gleiches gilt – zum Erstaunen vieler – auch noch für den Zweiten Weltkrieg, denn solange sie nicht als Sinti und Roma von den Nazis erkannt worden waren, waren viele auch noch in der Wehrmacht.

Obwohl sie seit jeher ihre Loyalität für ihr Vaterland unter Beweis gestellt hatten, wurden die Münchener Sinti am 13. März 1943 zum Güterbahnhof gebracht und von dort in Viehwaggonen nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

Für die meisten der etwa 200 Münchner Sinti, die in der Stadt gelebt hatten, war es die letzte Station ihres Leidenswegs nach Jahren der Entrechtung und Entmenschlichung. Fast alle wurden in Auschwitz ermordet. Wie die erhalten gebliebene Deportationsliste aus München bezeugt, war das jüngste deportierte Kind ein Säugling von fünf Monaten, die älteste Deportierte eine 79-jährige Greisin.

1943 wurden Sinti und Roma, die noch in der Wehrmacht kämpften, direkt von der Front nach Auschwitz deportiert. Manche trugen noch ihre Uniform oder ihre Auszeichnungen, als sie dort eintrafen, wie der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, in seinen autobiografischen Aufzeichnungen festhielt.

Der Holocaust an unserer Minderheit war, wie es der damalige Bundespräsident Roman Herzog ausgedrückt hat, eine „Barbarei ungeheuren Ausmaßes“. Doch zugleich war es ein Staatsverbrechen, akribisch geplant und ins Werk gesetzt von einem modernen Verwaltungsapparat, bis hin zu den kommunalen Behörden.

Auch die Kirchen haben sich dem Morden nicht entschieden genug widersetzt, obwohl sie – wie wir heute wissen – genaue Kenntnis von der Dimension der Vernichtung hatten. So wurde der Münchner Kardinal Michael Faulhaber 1943 über die Verbrechen der Nazis in Auschwitz informiert und um den Beistand der Kirche gebeten. Dies wird durch einen Tagebucheintrag Faulhabers belegt, der handschriftlich notierte, dass ihn (Zitat) „ein Zigeuner um Hilfe für 14.000 Brüder im Glauben“ bat. Und er hält in seinem Tagebuch dann fest: „Nein, kann keine Hilfe für die Zigeuner in Aussicht stellen.“

Das Vernichtungslager Auschwitz, das auch zum Grab für die meisten Münchener Sinti geworden ist, steht heute symbolhaft für den Zivilisationsbruch schlechthin. Doch das Netz der Lager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über 500.000 Sinti und Roma fielen dem Völkermord zum Opfer.

Nach ihrer Befreiung kehrten die aus Bayern verschleppten Sinti in ihre alten Heimatorte zurück. Was sie dort erwartete, waren fortgesetzte Ausgrenzung und die Leugnung der an ihnen begangenen Verbrechen.

Die Ursache dafür lag in personellen Kontinuitäten: Große Teile der an der Verfolgung und Deportation der Sinti und Roma beteiligten Beamten konnten ihre Karrieren nach 1945 nahezu bruchlos fortsetzen. Dafür mussten sie ihre maßgebliche Rolle bei der Organisation des Völkermords an den Sinti und Roma systematisch verschleiern oder verharmlosen.

Um sich selbst zu entlasten, rechtfertigten die ehemaligen SS-Offiziere die Deportationen von Sinti und Roma in die Vernichtungslager als vorgeblich „kriminalpräventiv“. Damit erhielten die ehemaligen NS-Beamten erneut die Deutungshoheit über das Schicksal ihrer ehemaligen Opfer.

Diese Verfälschung der historischen Tatsachen, die sogar Eingang in die Urteile höchster deutscher Gerichte fand, war nicht nur eine Verhöhnung der Opfer, sie stellte die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und demokratischem Neubeginn radikal in Frage.

Gerade hier in München, im neu gegründeten Bayerischen Landeskriminalamt, konnten die vormaligen NS-„Zigeunerexperten“ aus dem Reichssicherheitshauptamt ihre rassistischen Praktiken ungehindert fortsetzen, wozu unter anderem die systematische und grundgesetzwidrige Erfassung unserer Menschen gehörte. Dabei scheuten sie nicht einmal davor zurück, die von der SS in Auschwitz auf den Arm eintätowierten KZ-Nummern als Erkennungsmerkmal bei den Überlebenden in ihren Akten zu registrieren.

Es bedurfte eines jahrzehntelangen Kampfes, bis die deutsche Nachkriegsgesellschaft die an unseren Menschen begangenen Verbrechen öffentlich wahrgenommen hat. Nahezu 40 Jahre dauerte es, bis der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma im Jahr 1982 vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt erstmals völkerrechtlich anerkannt wurde.

In seiner Ansprache anlässlich der Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg brachte der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1997 die an unseren Menschen begangenen Verbrechen mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Dass der Holocaust an den Sinti und Roma heute einen eigenen historischen Stellenwert hat, dass unseren Opfern eine eigene Erinnerung und eine eigene Würde zukommt – dafür haben die deutschen Sinti und Roma lange kämpfen müssen.

Erlauben Sie mir abschließend noch einen Blick nach vorn:

Am 20. Februar wurde in München ein Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Bayerischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma unterzeichnet.

Das Land Bayern hat sich mit diesem Vertrag verbindlich zum Schutz und zur Förderung unserer Minderheit verpflichtet. Angesichts des Erstarkens populistischer und nationalistischer Bewegungen setzt dieser Staatsvertrag mit unserem Landesverband ein unübersehbares politisches Signal der historischen Verantwortung gegenüber unserer Minderheit.

Das ist für die Stellung der Sinti und Roma in der Gesellschaft von existentieller Bedeutung und dafür möchte ich der Landesregierung und hier insbesondere Herrn Ministerpräsidenten Seehofer an dieser Stelle nochmals meinen Dank aussprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir erleben heute, dass bestimmte Kräfte eine Renaissance des völkischen Denkens betreiben. Der Einzug einer rechtsextremen, sich offen rassistisch und antisemitisch gebenden Partei als drittstärkste Kraft in den Bundestag muss als eine historische Zäsur für die Bundesrepublik Deutschland gewertet werden. Dieser Entwicklung, die eine Bedrohung unserer demokratischen Ordnung darstellt, müssen wir uns mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenstellen.

Der Nationalsozialismus bedeutete die Ermordung von 500.000 Sinti und Roma und 6 Millionen Juden. Die Nazis haben mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs Abermillionen Tote in Europa gefordert und Europa und unser Land in den Abgrund gerissen. Die Grundlage der NS-Politik war der Rassismus und an genau diese menschenverachtende Ideologie will der neue Nationalismus völkischer Prägung anknüpfen.

Unser demokratischer Rechtsstaat hat uns 70 Jahre inneren und äußeren Frieden gebracht. Diese Errungenschaft darf nicht aufgegeben werden. Hier stehen alle

demokratischen Kräfte in der Verantwortung und hier müssen wir alle gemeinsam und solidarisch für die Demokratie und den Rechtsaat eintreten.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe in Europa und in den europäischen Staaten, den bestehenden massiven Antiziganismus genauso zu ächten wie den Antisemitismus. Hierzu gehört auch, dass staatliche Institutionen in ihrem Handeln keine ethnischen Kriterien auf Grundlage der Abstammung anlegen. Ethnische Zugehörigkeit und nationale Zugehörigkeit dürfen nicht in einen Gegensatz gebracht werden.

Sinti und Roma werden durch diese Praxis staatlicher Behörden erneut aus der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen und sie führt dazu, dass viele Angehörige unserer Minderheit ihre Identität aus Angst vor diskriminierender Ausgrenzung verbergen. Bis heute geben sich insbesondere Leistungsträger unserer Minderheit oft nicht als solche zu erkennen.

Diesen Teufelskreis müssen wir endlich durchbrechen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch die Ratifizierung des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten völkerrechtlich verbindlich zum Schutz und zur Förderung unserer Minderheit verpflichtet.

Mit dem Abschluss von Staatsverträgen bringen die Länder die sich aus dieser Verpflichtung erwachsende staatliche Verantwortung gegenüber unserer Minderheit zum Ausdruck und ich freue mich sehr, dass neben Baden-Württemberg und Hessen nun auch Bayern mit unserem Landesverband einen Staatsvertrag abgeschlossen hat.

Auch wurde im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nach langen Forderungen des Zentralrats endlich die Einrichtung eines Expertenausschusses Antiziganismus beschlossen, der sich, vergleichbar der Antisemitismus-Kommission, mit aktuellen Erscheinungsformen des Antiziganismus auseinandersetzen und Gegenstrategien entwickeln soll.

Dies sind positive und wichtige Entwicklungen, mit denen wir sehr zufrieden sein können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

historisches Erinnern ist ein wesentlicher Beitrag für unsere heutige Zivilgesellschaft, in der Diskriminierung von Minderheiten oder die Ausgrenzung Andersdenkender keinen Platz mehr haben dürfen.

Dabei kann es ganz gewiss nicht darum gehen, den Enkeln und Urenkeln der Generation, aus der die NS-Täter stammen, irgendeine Form von historischer Schuld anzulasten.

Es geht vielmehr um Wahrhaftigkeit und um gelebte Verantwortung für unsere demokratische Kultur und die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Diese Werte müssen wir gemeinsam verteidigen.

Ich danke Ihnen!